KANTON
LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom	29. Juni 2026
Kantonsratspräsidentin	Widmer Reichlin Gisela

B 87 Realisierung eines Sicherheitszentrums in Rothenburg Station Ost; Entwurf Dekret über einen Sonderkredit / Finanzdepartement

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsidentin Laura Spring.

Laura Spring: Bei diesem Geschäft geht es um einen Meilenstein für unseren Kanton. Der Kanton ist seit vielen Jahren an diesem Thema, und es wurden verschiedene Möglichkeiten umfassend geprüft. Die VBK hat sich vertieft mit dem grossen Projekt auseinandergesetzt und wurde in den letzten Jahren immer wieder über die Zwischenschritte informiert. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat für die Realisierung des neuen Sicherheitszentrums einen Sonderkredit von 276 Millionen Franken. Mit dem neuen Sicherheitszentrum in Rothenburg werden verschiedene sicherheitsrelevante Organisationen des Kantons an einem Standort vereint und die dafür notwendigen Ersatzinvestitionen an einem Ort gebündelt. Durch den Neubau können verschiedene Liegenschaften ersetzt werden, die am Ende ihrer Lebensdauer angelangt sind und in denen Funktions- und Spezialräume fehlen. Heute leisten Hunderte von Fachpersonen wertvolle und wichtige Arbeit. Diese Arbeit führen sie teilweise in veralteten oder provisorischen Infrastrukturen aus, wodurch die Qualität der Dienstleistungen und die Sicherheit beeinträchtigt werden. Das Sicherheitszentrum Rothenburg schafft jedoch nicht nur Ersatz, sondern legt mit einer zukunftsfähigen und dem Stand der Technik entsprechenden Infrastruktur die Grundlage für mehr Sicherheit im Kanton Luzern und der gesamten Zentralschweiz. Die Konzentration verschiedener Dienststellen in einem Gebäude erlaubt es, Dienste und Infrastruktur gemeinsam zu nutzen. Dadurch werden Flächen und Ressourcen eingespart. Die räumliche Nähe der Dienststellen verkürzt Wege, vereinfacht Abläufe und verbessert so die Zusammenarbeit sowie die Reaktionszeiten der Notfallorganisationen. In der Sitzung vom 22. April 2024 hat die VBK viele Fragen zur Vorlage gestellt und diese ausführlich diskutiert. Einige noch offene Fragen wurden danach zuhanden des Protokolls nachgereicht. Im Verlauf der Planung wurde das Projekt erweitert und um zusätzliche Organisationseinheiten ergänzt. Im Rahmen ausführlicher Informationen konnten wir uns als Kommission ein Bild davon machen, warum diese zusätzlichen Schritte im Projekt nötig waren. Neben der VBK befassten sich auch die Justiz- und Sicherheitskommission (JSK) sowie die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) mit der Vorlage. Das Projekt wird von beiden Fachkommissionen vorbehaltlos unterstützt. Sie haben uns dazu Mitberichte eingereicht. Die Zusammenführung verschiedener Akteure im Bereich der Sicherheit wie Polizei, Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz (DILV), Veterinärdienst sowie Staatsanwaltschaft vereinfacht die Abläufe, erhöht die Effizienz und verbessert die Zusammenarbeit. Dadurch können Aufgaben künftig koordinierter und Reaktionen schneller erfolgen. Die VBK dankt den beiden Fachkommissionen für die Mitberichte, die für die Beratung unterstützend und hilfreich waren. Die Mitberichte zeigen auch auf, welche komplexen Spezialaufgaben und Leistungen dieses Gebäude erfüllen muss. Die VBK beurteilt die Realisierung als notwendig und zweckmässig. Sicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe. Die verschiedenen Dienste arbeiten heute dezentral und teilweise in veralteten Infrastrukturen, weshalb Handlungsbedarf besteht. Positiv bewertet die Kommission insbesondere die hohen Nachhaltigkeitsstandards des Projekts sowie die gute Erreichbarkeit des Standorts. Angesichts der hohen Investitionskosten erwartet die VBK jedoch eine besonders konsequente Projektsteuerung und Kostenkontrolle, damit der Kreditrahmen eingehalten werden kann. Die Kommission hat dem Sonderkredit von

276 Millionen Franken für die Realisierung des Sicherheitszentrums in Rothenburg einstimmig zugestimmt.

Für die Mitte-Fraktion spricht Urs Marti.

Urs Marti: Mit der Botschaft B 87 beraten wir heute über eine Ausgabe, welche der Kanton in dieser Höhe bisher noch nie allein gestemmt hat. Das gibt uns die Verantwortung, das Geschäft so auf Herz und Nieren zu prüfen, dass es auch der Volksabstimmung standhalten kann. Ich nehme es vorweg: Das Sicherheitszentrum Rothenburg ist aus unserer Sicht ein Muss und der richtige und wichtige Schritt in die Zukunft der Luzerner Polizei. Wir sehen auch die Weiterentwicklung des Projekts und können das Kostenwachstum nachvollziehen. Im Verlauf der Projektentwicklung kamen zusätzliche neue Ansätze hinzu, welche das Gesamtprojekt nebst der üblichen Teuerung massiv verteuert haben. Wir bedauern, dass dieser Schritt in der Entwicklung erst spät eingeplant wurde und so medial zu einem Unverständnis geführt hat. Es war ein unglückliches Vorgehen mit dem ersten Start im Jahr 2008. Verschiedene Planungen an verschiedenen Standorten wurden verworfen, bis man sich 2018 auf Rothenburg festgelegt hat. Damals wurde zuerst ein Raumprogramm erarbeitet, dann ein Wettbewerb gemacht und im weiteren Verlauf wurden wieder zusätzliche Bedürfnisse aufgenommen. Dies hat die enorme Kostensteigerung in der öffentlichen Wahrnehmung ausgelöst. Trotzdem darf man heute sagen: Der Weg war zwar unbefriedigend, aber das Resultat ist gut. Wir haben in der Kommission verschiedene Fragen gestellt, die uns die Regierung plausibel beantworten konnte. Hier ging es insbesondere um die Erreichbarkeit der neuen Arbeitsplätze und die Anzahl der zur Verfügung stehenden Parkplätze, ist es doch so, dass die Arbeitszeiten der Polizistinnen und Polizisten häufig nicht den Bürozeiten entsprechen und Sondereinsätze regelmässig auf der Tagesordnung stehen. Das Mobilitätskonzept trägt diesen Umständen Rechnung. So können in Randzeiten auch die Besucherparkplätze oder die Plätze der Einsatzfahrzeuge benutzt werden. Insgesamt darf man also festhalten, dass die künftige gegenüber der heutigen Situation eine Verbesserung des Parksystems darstellt. Zudem ist klar festzuhalten, dass der neue Standort an einer Top-Verkehrslage liegt. Ein zweites Thema, das wir bedauern, ist die Abkehr von der Hybridbauweise mit Holz und Beton. Auch hier können wir aber die baustatischen Zusammenhänge nachvollziehen. Wir zählen aber fest darauf, dass in nächsten Projekten, wo sinnvoll, Schweizer Holz wieder einen zentralen Platz erhält. Hier eine Aufzählung der wichtigsten Punkte und Chancen dieses eindrücklichen Projektes: Der Ersatz einer veralteten Infrastruktur durch ein modernes Sicherheitszentrum für Luzern und die Zentralschweiz. Eine echte Chance, mit den andern Zentralschweizer Kantonen zusammenzuarbeiten. Die gute Aufteilung der Kosten für Technik und Betrieb, dazu gehören moderne Spezialräume für Polizei, Leitstellen und Labore. Ein entscheidender Punkt: Bei Notfällen werden künftig alle Blaulichtorganisationen (Polizei, Feuerwehr und Sanität) aus einer Hand koordiniert. Alle sitzen im gleichen Raum. Diese Chance bietet das neue Sicherheitszentrum. Es gibt bereits gute Beispiele von funktionierenden Sicherheitszentren. In den Kantonen Aargau und Bern wurde das bereits umgesetzt und die Erfahrungen sind gut. Wir gehen nun noch einen Schritt weiter, tun das gemeinsam mit den Kantonen Obwalden, Nidwalden, Schwyz sowie Zug für eine redundante Lösung mit Standort Schwyz. Insgesamt profitiert hier die Luzerner Bevölkerung also direkt, erst recht bei einem Notfall. Und nicht zuletzt sind für uns auch die verbesserten Arbeitsbedingungen für die über 700 Mitarbeitenden wichtig. Für die Mitte ist die Sicherheit ein zentraler Pfeiler unserer Politik. Es ist ein teures, aber dringend notwendiges Projekt. Mit Blick auf Sicherheit, Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit wollen wir die notwendigen Investitionen von 276 Millionen Franken tätigen. Wir treten mit Überzeugung auf die Vorlage ein und werden ihr zustimmen.

Für die SVP-Fraktion spricht Bernhard Steiner.

Bernhard Steiner: Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein. Für uns ist klar: Sicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe. Wenn Polizei, Staatsanwaltschaft, die Leitstelle der Blaulichtorganisationen, die DILV und der Veterinärdienst heute in veralteten, teilweise provisorischen oder ungenügenden Strukturen arbeiten, dann darf der Kanton nicht einfach zuschauen. Genau diesen Handlungsbedarf beschreibt die Botschaft sehr deutlich. Das

Festnahmezentrum genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr und die Verkehrspolizei arbeitet in unzulänglichen Verhältnissen. Deshalb sagen wir im Grundsatz Ja zu einem neuen Sicherheitszentrum. Trotzdem gibt es auch kritische Punkte. Erstens: Dieses Projekt wurde sehr langsam entwickelt. Der Wettbewerb lief 2020, der Zuschlag war 2021, der Projektierungskredit kam 2023, die Volksabstimmung ist für November 2026 vorgesehen und die Fertigstellung wird erst für 2032 in Aussicht gestellt. Wenn selbst wir dringenden Handlungsbedarf feststellen, dann ist ein solcher Zeithorizont schlicht zu lang. Auch das kontinuierliche Einbinden weiterer Einheiten und die damit steigenden Kosten bringt dem Projekt Kritik ein. Hier erwarten wir vom Regierungsrat in Zukunft mehr Führung, Straffung und mehr Verbindlichkeit. Zweitens: Die Kosten sind aus Sicht der SVP nur mit eiserner Disziplin vertretbar. Wir sprechen über einen Sonderkredit von 276 Millionen Franken für die Realisierung und inklusive Projektierung von über 298 Millionen Franken Gesamtinvestition. Die Botschaft erklärt uns zwar, dass es sich um ein technisch sehr komplexes Spezialgebäude und nicht um ein normales Verwaltungsgebäude handelt. Das anerkennen wir. Aber gerade deshalb braucht es eine besonders strenge Kontrolle. Wenn die Kostengenauigkeit noch mit plus/minus 10 Prozent angegeben wird und allein 22 Millionen Franken als Reserve eingestellt sind, dann ist für uns ein Blankocheck ausgeschlossen. Die Kostenkontrolle muss nicht erst am Schluss erfolgen, sondern vom ersten Tag der Realisierung an. Drittens: Das Projekt ist im Verlauf grösser geworden. Nach dem Wettbewerb wurden zusätzliche Einheiten nach Rothenburg verlagert, unter anderem der Interventionsdienst, das Eichamt, das Festnahmezentrum, die Logistik, die Übermittlungstechnik und Informatik sowie die Staatsanwaltschaft Abteilung 2 Emmen. Politisch kann man das mit Synergien begründen. Aber wenn man immer mehr unter ein Dach packt und zugleich auf die Etappierung verzichtet, darf man sich über die hohen Kosten und die lange Projektierungs- und Baudauer nicht wundern. Was uns fehlt, ist Transparenz: Welche Zusatznutzung verursacht welche Mehrkosten? Genau das bleibt in der Botschaft unübersichtlich. Viertens: Der Regierungsrat darf die Personalfrage nicht unterschätzen. Die Botschaft spricht von rund 700 Mitarbeitenden, von 580 Arbeitsplätzen und davon, dass rund die Hälfte der Polizeimitarbeitenden im Schichtdienst arbeitet. Integrierte Kita und Mensa sind zwar gut und mögen ein wichtiges Kriterium für die Attraktivität eines Arbeitsplatzes sein. Gleichzeitig heisst es, für Privatfahrzeuge der Mitarbeitenden gebe es grundsätzlich keine Parkplätze, ausser für wenige Ausnahmen. Aus unserer Sicht ist das der grosse Schwachpunkt des Projekts. Die öV-Anbindung wird zwar als gut bezeichnet. Bei genauem Hinschauen ist jedoch die Erreichbarkeit mit dem öV aus vielen Kantonsteilen sehr unbefriedigend. Nehmen wir einmal an, ein Mitarbeiter wohnt in Wolhusen. Mit dem Auto hätte er eine Fahrzeit von 20 Minuten. Mit dem öV jedoch schon morgens und abends jeweils gute eine Stunde. Als Arbeitnehmer opfert man hier also jeden Tag 1,5 Stunden persönliche Freizeit. Wer gut qualifizierte Fachkräfte rekrutieren und halten will, muss diese Realitäten ernst nehmen. Sonst gefährdet man genau jene Arbeitgeberattraktivität, die man laut Botschaft eigentlich erhöhen will. Darum ist unsere Haltung klar: Die SVP stimmt dem Eintreten zu, aber sie will politische Leitplanken. Wir verlangen eine saubere Kostenkontrolle, klare und überprüfbare Zeitpläne, volle Transparenz über die Zusatzverlagerungen sowie ein praxistaugliches Parkraum- und Mobilitätskonzept für das Personal. Von der Regierung erwarten wir eine enge Begleitung des Bauprojekts und absolute Kostenkontrolle vom ersten Tag an. Wenn diese Punkte ernst genommen werden, ist das Sicherheitszentrum richtig und notwendig. Wir sagen deshalb Ja zum Projekt. Wir sind aber kritisch und wachsam und werden die Regierung daran erinnern, dass wir ihr keinen Blankocheck ausgestellt haben.

Für die FDP-Fraktion spricht Martin Birrer.

Martin Birrer: Vor über dreissig Jahren durfte ich eine Banklehre machen und etwas wurde mir von Beginn weg eingetrichtert: Der Kauf von Gold ist nur am Tag des Kaufs teuer. Dies sollte beim Sicherheitszentrum in Rothenburg auch der Fall sein. Im Moment sehen wir nur die hohen Kosten für diesen Spezialbau. Kosten, die sich aber in den kommenden Jahren auszahlen sollten. Der Synergieeffekt darf nicht nur eine Floskel sein. Der Zusammenschluss an einem Ort muss finanziell, aber auch operativ ein Gewinn sein. Die lange Suche nach

einem geeigneten Zentrum soll in Rothenburg endlich abgeschlossen werden. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er die Projektkosten beim Bau engmaschig kontrolliert, sodass die Höhe des Dekrets als Kostendach gilt. Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird ihr einstimmig zustimmen. Wir stehen für eine starke Sicherheit ein. Sicherheit kann aber nur mit einer intakten und modernen Infrastruktur gewährleistet werden. Das Sicherheitszentrum in Rothenburg wird diesen Beitrag dazu leisten. Denken wir daran: Gold zu kaufen ist nur am Tag des Kaufs teuer.

Für die SP-Fraktion spricht Sarah Bühler-Häfliger.

Sarah Bühler-Häfliger: Der heutigen Vorlage ist eine lange Geschichte vorausgegangen: Ein langer Prozess, immer wieder gab es Vertagungen und Verlagerungen, bis schliesslich das vorliegende Realisierungsprojekt vorlag. Bei einem Projekt dieser Grössenordnung ist das wohl angebracht, und es ist besser, vor- und zurückzuüberlegen, um zu einer guten Lösung zu kommen. Jetzt jedoch ist der Zeitpunkt gekommen, vorwärtszumachen, auch aus strategischen, ethischen, arbeitsrechtlichen und finanziellen Gründen. Mit dem Sicherheitszentrum Rothenburg wird eine zentrale und zukunftsgerichtete Infrastruktur für die Sicherheitsversorgung des Kantons Luzern und in der Zentralschweiz geschaffen. Die heutige Situation mit verschiedenen, teils stark veralteten Standorten ist weder betrieblich noch wirtschaftlich länger sinnvoll. Es fehlen geeignete Spezialräume, die Infrastruktur entspricht nicht mehr den Sicherheits- und Menschenrechtsstandards, und die dezentrale Organisation erschwert effiziente Abläufe. Auch die Mitberichte der GASK und der JSK zeigen, dass ein hoher Bedarf nach dem neuen Sicherheitszentrum besteht und die vorgeschlagene Lösung sinnvoll und zweckmässig ist. Mit dem neuen Sicherheitszentrum werden verschiedene sicherheitsrelevante Organisationen an einem Standort zusammengeführt. Dadurch entstehen wichtige Synergien: Wege werden verkürzt, die Einsatzplanung wird verbessert und koordiniert, und die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Feuerwehr, Sanität sowie weiteren Dienststellen wird gestärkt. Gerade die integrierte Leitstelle für die Notrufnummern stärkt die Krisen- und Katastrophenresilienz des Kantons wesentlich. Die Beteiligung der Zentralschweizer Polizeikorps an der gemeinsamen Einsatzleitzentrale und die Zusammenarbeit auf verschiedenen Achsen stärkt die Sicherheit bei Grossereignissen, Katastrophen, Seuchen usw. Das ist ein Gewinn für die ganze Zentralschweiz, und positiv hervorzuheben ist dabei auch, dass sich die Nachbarkantone finanziell beteiligen. Wichtig ist, dass das Stationierungskonzept der Luzerner Polizei und das Community Policing erhalten bleiben, es werden keine Polizeiposten geschlossen wegen des Sicherheitszentrums. Wichtig ist hier auch der regelmässige Austausch mit den Gemeinden. Positiv hervorzuheben ist, dass das Projekt trotz seiner komplexen Spezialanforderungen hohe Nachhaltigkeitsstandards verfolgt. Geplant sind unter anderem eine Photovoltaikanlage, eine energieeffiziente Gebäudetechnik, eine Wärmepumpe, Energiemonitoring mit dem digitalen Energiezwilling sowie der Einsatz von Recyclingmaterialien. Der Standort unmittelbar beim Bahnhof Rothenburg Station sorgt für eine gute Erreichbarkeit mit dem öV und dem Auto über die Autobahn. Für uns ist es jedoch wichtig, auch in Zukunft auf eine optimale Anbindung mit dem öV aus allen Regionen zu achten. Positiv zu erwähnen ist die Flexibilität bei den Raumstrukturen, die durch die Reserveflächen gewährleistet ist. Die SP anerkennt, dass es sich beim Sicherheitszentrum nicht um ein gewöhnliches Verwaltungsgebäude, sondern um eine technisch hochkomplexe Spezialimmobilie handelt. Entsprechend ergeben sich besondere Anforderungen etwa bei Sicherheit, Infrastruktur; aber auch bei der Parkplatzsituation für Schichtbetriebe. Ein Vergleich mit dem reinen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz ist deshalb nicht zielführend, das Sicherheitszentrum muss differenzierter angeschaut werden. Und das wurde auch getan, wie wir in mittlerweile vielen Fragen und Diskussionen in verschiedenen Kommissionen gesehen haben. Dass der Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) aufgrund der funktionalen Anforderungen und aufgrund der Anforderungen der Umgebung nicht vollständig erfüllt werden kann, ist nachvollziehbar. Das zeigt eben gerade, dass die zuständigen Stellen sich sehr differenziert mit den Anforderungen an diese Spezialimmobilie auseinandergesetzt haben und dies weiter tun werden. Klar ist aber auch: Ein Verzicht auf das Sicherheitszentrum würde keine Einsparungen bringen. Die bestehenden

Standorte müssten trotzdem umfassend saniert und erweitert werden, um die Funktion des Betriebs aufrechtzuerhalten – mit höheren Betriebskosten und ohne die Vorteile der geplanten Synergien. Dieser Punkt ist in der Kostendiskussion zentral. Hier ist weiterhin eine transparente Kommunikation wichtig. Das Projekt ist aus Sicht der SP verhältnismässig, zukunftsgerichtet und ein wichtiger Beitrag für Sicherheit, Effizienz und Katastrophenresilienz im Kanton Luzern. Die SP-Fraktion wird deshalb auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Für die Grüne Fraktion spricht Gian Waldvogel.

Gian Waldvogel: Die Grüne Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Wir unterstützen dieses umfassende Projekt mit Gesamtkosten von 276 Millionen Franken, das eine nachhaltige und zukunftsorientierte Lösung für die Sicherheitslandschaft im Kanton Luzern darstellt. Der dringende Handlungsbedarf ist nachgewiesen. Die Kosten sind hoch, aber aus unserer Sicht insgesamt gerechtfertigt. Seit Jahren beklagt die Luzerner Polizei den unzureichenden Raumbedarf. Die heutige Situation mit baulich und betrieblich stark veralteten Infrastrukturen entspricht nicht mehr den geforderten Ansprüchen an Sicherheit, Arbeitsbedingungen und den gesetzlich vorgeschriebenen Menschenrechtsstandards. Diverse bestehende Liegenschaften sind am Ende ihres Lebenszyklus angekommen. So entspricht beispielsweise das Labor der DILV nicht mehr den heutigen Anforderungen und Sicherheitsstandards, und der Veterinärdienst hat eine mangelhafte Unterbringung mit fehlenden Funktions- und Spezialräumen. Auch die Infrastruktur der Verkehrspolizei und die Werkstatt in Emmenbrücke sind in einem schlechten Zustand und weisen akuten Sanierungsbedarf auf. Besonders kritisch ist die Situation beim Festnahmezentrum, das den Standards der Menschenrechtskonvention nicht genügt und Mängel bezüglich Barrierefreiheit und unzureichendem Tageslicht in den Zellen aufweist. Ein dezentraler Weiterbetrieb würde zu jährlichen Mehrkosten von mehreren Millionen Franken führen. Die Realisierung des Sicherheitszentrums ist aus unserer Sicht überfällig. Die Investitionen müssten auf jeden Fall getätigt werden. Es handelt sich also um eine gute Investition in die Zukunft. Die Konzentration am Standort Rothenburg schafft Synergiepotenziale, die über die rein räumliche Zusammenführung hinausgehen. Durch die Zusammenführung von Luzerner Polizei, der Staatsanwaltschaft, der DILV sowie dem Veterinärdienst werden Arbeitsabläufe optimiert, Doppelstrukturen vermieden, Ressourcen gebündelt und die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert. Dies führt zu kürzeren Reaktionszeiten und einer effizienteren Zusammenarbeit, was letztlich zu mehr Sicherheit für die Luzerner Bevölkerung beiträgt. Positiv würdigen wir den Ausbaustand gemäss den strategischen Grundlagen in der Klimastrategie sowie der Immobilienstrategie. Er orientiert sich am MINERGIE-P-Standard und strebt eine hohe Energieeffizienz an. Die Wärme- und Kälteversorgung erfolgt fossilfrei mittels Erdwärmesonden, und eine kontrollierte Lüftung sorgt für kontinuierliche Lufterneuerung. Die Photovoltaikanlage auf dem Dach ermöglicht eine hohe Eigenstromversorgung, und die Hälfte der Tiefgaragenparkplätze wird mit Ladestationen für E-Fahrzeuge ausgestattet. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die ursprünglich angedachte Holz-Hybrid-Bauweise zugunsten einer Massivbauweise aufgegeben wurde, auch sind Kriterien zu Biodiversität und Mikroklima gemäss SNBS-Zertifikat nicht erfüllt. Das ist zwar bedauerlich, jedoch aufgrund der funktionalen Anforderungen letztlich nachvollziehbar. Die Raumhöhen und die Statik haben gegen eine hybride Bauweise gesprochen. Wir gehen davon aus, dass bei öffentlichen Infrastrukturen nicht immer mit solch herausfordernden Raumsituationen zu rechnen ist und in Zukunft wieder mit Holz gearbeitet wird. Dennoch bleibt die ökologische Gesamtleistung des Gebäudes hoch. Es kommen klimafreundlicher ECO-Zement sowie Recyclingbeton und recycelter Stahl zum Einsatz. Das Gebäude ist darauf ausgelegt, über den gesamten Lebenszyklus hinweg einen sparsamen Umgang mit Ressourcen zu gewährleisten und einen deutlich reduzierten ökologischen Fussabdruck zu hinterlassen. Die Flexibilität der Raumstruktur und die Flächenreserven sind zudem ein weiterer Faktor für die Nachhaltigkeit der Investitionen. Das Mobilitätskonzept erachten wir als befriedigend. Der Standort Rothenburg Station Ost ist sehr gut an den öffentlichen Verkehr angebunden. Mit wenigen Gehminuten zum Bahnhof und Anschlüssen an Bus und Bahn ist er gut erreichbar. Zudem besteht eine direkte Anbindung an die Autobahn A2.

Wir begrüssen ausdrücklich den Verzicht auf Mitarbeiterparkplätze für den Grossteil der Belegschaft, analog zur kantonalen Verwaltung am Seetalplatz. Dies ist ein konsequenter Schritt zur Förderung des umweltfreundlichen Pendelns. Für Schichtdienstmitarbeitende, denen die Nutzung des öV nicht möglich ist, sind richtigerweise Ausnahmen vorgesehen. Zudem wurden auch die beiden Anfragen von Barbara Lang und Daniel Rüttimann im Rahmen der Kommissionsberatung zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Zusammenfassend ist das Projekt für das Sicherheitszentrum Rothenburg eine strategisch sinnvolle und notwendige Investition in die Zukunft der Sicherheitsversorgung unseres Kantons. Es behebt gravierende Mängel, schafft Synergien und setzt hohe Standards in Sachen Nachhaltigkeit und Mobilität.

Für die GLP-Fraktion spricht Franziska Rölli.

Franziska Rölli: Das geplante Sicherheitszentrum trägt wesentlich zur Stärkung der Polizei, der Veterinärdienste und der DILV bei. Der Bedarf ist aufgrund vieler Immobilien mit akutem Handlungsbedarf klar gegeben. Durch das Erstellen eines Gebäudes, das die verschiedenen Gebäude an einem Ort ersetzt, die Handlungsbedarf aufweisen, können bauliche Synergien genutzt werden. Durch das räumliche Zusammenrücken der involvierten Dienststellen können nebst baulichen auch organisatorische Synergien genutzt werden. Aus diesen Synergien entsteht eine jährliche Einsparung von rund 3 Millionen Franken. Schaut man die Investition isoliert an, erscheinen die 3 Millionen Franken im Vergleich zu den hohen Investitionen von 276 Millionen Franken respektive inklusive dem Planungskredit von knapp 300 Millionen Franken als eine kleine Zahl. Es ist jedoch nicht so, dass man ohne das neue Sicherheitszentrum auf grosse Investitionen verzichten könnte, im Gegenteil. Ohne eine Bündelung an einem Ort müssten die Notruf- und Einsatzzentrale, das Festnahmezentrum, das Büro und Labor der DILV, Spezialräume für den Veterinärdienst sowie Gebäude für die Verkehrspolizei und eine Werkstatt in separaten Projekten neu erstellt werden. Aufgrund der spezialisierten Nutzungen sind Mietlösungen nur schwer umsetzbar und wegen des nötigen Mieterausbaus auch nicht ohne Investitionen zu haben. Zudem stehen wir klar hinter der Strategie, dass für ständige Aufgaben des Kantons eigene Gebäude den Mietlösungen vorzuziehen sind, da sich das langfristig positiv auf die Finanzen auswirkt. Durch dezentrale Neubauten würden die betrieblichen und baulichen Synergien wegfallen und es wäre mit einem Investitionsbedarf von deutlich über 300 Millionen zu rechnen. Aus diesen Gründen sprechen wir uns klar für das Sicherheitszentrum in Rothenburg aus. Betreffend die Umsetzung haben wir das vorliegende Bauprojekt vertieft studiert. Das vorgeschlagene Projekt ist sorgfältig geplant und die komplexen Ansprüche der Nutzer werden gut abgedeckt. Die gewählten Bautechniken und Ausbaustandards sind zweckmässig, das vorhandene Einsparungspotenzial wurde mit der Projektoptimierung in der ersten Hälfte 2023 ermittelt und umgesetzt. Der Anteil Reservefläche von 13 Prozent an der gesamten Nutzfläche ist aus unserer Sicht zweckmässig, um ein zukünftiges Wachstum des Kantons abzufangen. Wir begrüssen, dass das Projekt eine Kita enthält und so aktiv zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beiträgt. Der Standort ist aufgrund der sehr guten öV-Erschliessung bestens für die vorgesehenen Nutzungen geeignet. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird ihr zustimmen.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsidentin Pia Engler.

Pia Engler: Die DILV sowie der Veterinärdienst sind der GASK angegliedert und wurden deshalb zu einer Anhörung in die GASK eingeladen, weil sie vom neuen Sicherheitszentrum betroffen sind. Im Namen der GASK möchte ich klar ausdrücken, dass dieser Bau unterstützt wird. Die DILV arbeitet seit Jahrzehnten in ungenügenden Räumlichkeiten. Der Bedarf nach neuen Laborräumen wurde bereits 1996 festgestellt, aber nie umgesetzt. Das heutige Gebäude an der Vonmattstrasse hat das Ende seiner Lebensdauer erreicht und die letzte provisorische Sanierung liegt bereits 20 Jahre zurück. Im Sicherheitszentrum wird es viele Spezialeinrichtungen geben. Dadurch entstehen gerade bei der DILV viele Synergien, die gut zu ihren Bedürfnissen passen. Auch der Veterinärdienst ist heute unzureichend untergebracht. Zudem werden die notwendigen Sicherheitsstandards bereits heute nicht eingehalten. Diese

Situation wird sich mit dem Wegzug der ebenfalls im Gebäude ansässigen Dienststelle Gesundheit und Sport ins kantonale Verwaltungsgebäude noch verschärfen, weil in der Folge Teile des Gebäudes zu Wohnungen umgenutzt werden sollen. Im Sicherheitszentrum hingegen werden für den Veterinärdienst Synergien mit der Polizei entstehen, die eine deutliche effizientere Zusammenarbeit ermöglichen. Wir haben der Projektleitung die Frage nach einem Plan B gestellt. Sie hat uns klar erklärt, dass es keinen Plan B gebe, weil es ein Projekt in dieser Grösse nicht zulasse, parallel einen Plan B auszuarbeiten. Für die GASK ist der Bedarf klar ausgewiesen, die Synergien sind überzeugend und die heutigen Zustände sind nicht länger tragbar. Die GASK unterstützt den Sonderkredit für das Sicherheitszentrum Rothenburg ausdrücklich.

Barbara Lang: Meine Anfrage A 832 wurde letzten Montag nicht als dringlich erklärt. Regierungsrätin Ylfete Fanaj hat mir aber das Angebot gemacht, dass ich diese Fragen im Zusammenhang mit der heutigen Beratung stellen darf. Deshalb bitte ich Regierungsrat Reto Wyss, meine Anfrage A 832 zu beantworten. Gleichzeitig bitte ich darum, dass möglichst viele Fragen und Fakten auf der entsprechenden Webseite zum geplanten Sicherheitszentrum publiziert werden, damit diese Informationen der Bevölkerung noch vor der Abstimmung zur Verfügung stehen.

Für die Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK) spricht Kommissionspräsident Patrick Hauser.

Patrick Hauser: Die JSK wurde im Verlauf des Planungsprozesses mehrfach über das Grossprojekt informiert, letztmals in der Sitzung vom 20. April 2026. Die Kommission hat sich dabei insbesondere auf die sicherheitsrelevanten Bereiche fokussiert. Auch aus Sicht der JSK ist die Realisierung überfällig. Die Zusammenführung verschiedener Akteure im Bereich der Sicherheit wie Polizei, DILV, Veterinärdienst sowie Staatsanwaltschaft vereinfachen die Abläufe, steigern die Effizienz und führen durch die Nutzung von Synergien zu einer einfacheren Kooperation und schnelleren Reaktion. Diesem Punkt trägt die Einrichtung einer integrierten Leitstelle für sämtliche Blaulichtorganisationen der Kantone Luzern, Obwalden und Nidwalden ebenfalls Rechnung. Es geht darum, dass anspruchsvolle Arbeiten in einer adäquaten Infrastruktur erledigt werden können. Wir sind uns bewusst, dass sich das vorliegende Projekt stark weiterentwickelt hat. Es entspricht heute nicht mehr dem ursprünglichen Projekt eines Sicherheitszentrums, das in Sempach vorgesehen war und die Zusammenlegung von Polizei und Zivilschutz geplant hat. Zudem wurde im Nachgang zum Projektwettbewerb die Verlegung weiterer Sicherheitsorgane geprüft. Unter anderem kam man zum Schluss, dass es Sinn macht, den Interventionsdienst, das Festnahmezentrum und die Korps- und Asservatelogistik sowie die Informatik am neuen Standort Rothenburg zu konzentrieren. In der Folge wurde die geplante Etappierung aufgegeben. Der JSK ist es wichtig zu betonen, dass diese Konzentration von mehreren Dienstleistungen der Polizei an diesem Standort nicht gegen Polizeiposten in den Gemeinden gerichtet ist. Diese sind gemäss Stationierungskonzept der Organisationsentwicklung (OE) 2030 weiter umzusetzen. Der Nutzen dieser Konzentration führt zu einer Entlastung der Polizistinnen und Polizisten vor Ort. Sie können sich so besser den wichtigen Tätigkeiten im Rahmen der Präsenz und Sichtbarkeit sowie der Prävention widmen. Die JSK bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Daniel Rüttimann: Ich habe zu dieser Thematik die Anfrage A 743 eingereicht, mit deren Beantwortung ich zufrieden bin und wir deshalb nicht darüber diskutieren. Trotzdem nutze ich die Gelegenheit, um eine Ergänzung anzubringen und einige Punkte aus der Antwort des Regierungsrates ins Zentrum zu stellen. Der Entscheid ist strategisch richtig und im Sinn einer effizienten Grundversorgung. Er ist auch aus betriebswirtschaftlicher Gesamtsicht sinnvoll. Mit dem Sicherheitszentrum wird nicht die regionale Polizeiarbeit ersetzt, aber die zentralen Funktionen werden gebündelt und damit auch die Einsatzleitzentrale für verschiedene Kantone und der Sanitätsnotruf 144. Zudem ist es sehr wichtig, dass die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden deutlich verbessert werden. Ein Projekt also, das den Wissenstransfer, den Austausch und die Zusammenarbeit verbessert.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Vorab möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen für die jetzt doch in einer sehr grossen Mehrheit äusserst positiven Rückmeldungen im Rahmen dieser Eintretensdebatte zu danken. Das ist sehr erfreulich und wir sind natürlich erleichtert, weil das für die Luzerner Regierung tatsächlich ein ganz zentrales Projekt ist. Sie haben erwähnt, dass die Bedürfnisse ausgewiesen sind. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Kosten tatsächlich sehr hoch sind und es wurde auch auf den Planungsprozess hingewiesen. Ich bin der Meinung, dass es richtig ist, dass verschiedene Entscheide im Rahmen der doch längeren Planungsdauer dazu geführt haben, dass gewisse Verschiebungen von zusätzlichen Bedürfnissen ins Sicherheitszentrum Rothenburg stattgefunden haben – ich denke insbesondere an die Einsatzleitzentrale. Das mag man bezüglich des Prozesses bedauern. Der Regierungsrat ist jedoch überzeugt, dass das vorliegende Raumprogramm sehr gut ist. Wir sind überzeugt, dass das Konzept, das wir Ihnen heute unterbreiten dürfen, ausgereift und auch ausgewiesen ist. Es ist mir wichtig, dass neben der Hauptnutzerin, der Luzerner Polizei, weitere Dienststellen dort angesiedelt sein werden, nämlich die DILV, der Veterinärdienst und auch die Staatsanwaltschaft 2, also eine Abteilung der Staatsanwaltschaft. Die Infrastruktur der Luzerner Polizei befindet sich anerkanntermassen seit Jahrzehnten in einem Zustand, der Handlungsbedarf erforderlich macht. Das ist unbestritten. Wir sind überzeugt, dass mit dem vorliegenden Gebäude innerhalb nützlicher Frist der dringend notwendige Schritt bezüglich Infrastruktur möglich ist. Der Standort ist in der Tat ausserordentlich gut und bezüglich der Erschliessung vermutlich einer der besten Standorte im ganzen Kanton. Ich denke an die sehr grosse Nähe zur A2, aber auch an die Top-Erschliessung mit dem öV, dem Bahnhof Luzern, dem Bushub und Rothenburg Station. Das ist wirklich sehr gut. Neben dem baulichen Befreiungsschlag erlaubt diese Infrastruktur den Dienststellen auch einen sehr wichtigen Schritt bezüglich der Synergien und Optimierung der Abläufe. Da spreche ich ebenfalls nicht nur von der Polizei, sondern auch von den übrigen Dienststellen. Das wurde insbesondere von der Präsidentin der GASK treffend erwähnt. Auch diesbezüglich ist erheblicher Handlungsbedarf vorhanden. Ich sage gerne noch kurz etwas zur Thematik Massivbau. Wir haben auch für das Sicherheitsgebäude eine hybride Bauweise intensiv geprüft und letztendlich verworfen, einerseits aus konstruktiven Überlegungen. Wir haben eine ziemlich intensive Gebäudetechnik, die sich mit einem Massivbau besser realisieren lässt. Zudem ist die Grundrissform eine Form, die nicht optimal für eine hybride Bauweise ist. Ich darf aber darauf hinweisen, dass wir beispielsweise beim Zivilschutzgebäude in Sempach, aber auch beim Neubauprojekt der Kantonsschule Reussbühl bewiesen haben, dass wir das Anliegen Ihres Rates sehr wohl aufnehmen und dort, wo sinnvoll und gut umsetzbar, eine Realisierung mit einem hohen Anteil an Holz anstreben. Diesen Tatbeweis haben wir erbracht. Das Sicherheitsgebäude ist in den Augen des Luzerner Regierungsrates ein sehr wichtiger Schritt. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie heute aus der Sicht Ihres Rates diesen wichtigen Schritt ebenfalls machen. Gerne komme ich nun noch auf die dringliche Anfrage Barbara Lang zurück und gehe auf ihre Fragestellungen ein. Zu Beginn danke ich Ihnen für den Hinweis bezüglich der Ergänzung auf der Webseite. Wir nehmen diesen sehr gerne auf und werden entsprechende Ergänzungen anbringen. Sie haben gefragt, wie es mit dem Anspruch sei, polizeiliche und strafrechtliche Abläufe zu zentralisieren, die Staatsanwaltschaft sei unter anderem auch integriert und weshalb man das konsequenterweise nicht auch mit der Luzerner Kriminalpolizei zu Ende geführt habe. Vielleicht der Hinweis, dass es sich im Sicherheitszentrum in Rothenburg um eine Abteilung der Staatsanwaltschaft handelt und nicht um die gesamte Staatsanwaltschaft. Wir sind überzeugt, dass es wichtig ist, dass dieses Gebäude nicht vom ersten Tag des Bezugs zu 100 Prozent ausgelastet ist. Die Bedürfnisse aller Dienststellen werden sich in nächster Zeit bestimmt noch ausweiten. Wir sind der Meinung, dass es richtig ist, dass wir eine gewisse strategische Reserve offenhalten können, damit eine gewisse Entwicklung möglich ist. Eine Verordnung der Kriminalpolizei im Sicherheitszentrum Rothenburg hätte das verunmöglicht, vom ersten Tag an wäre der letzte Quadratmeter genutzt gewesen. Deshalb haben wir das entsprechend nicht umgesetzt. Beim Festnahmezentrum im Sicherheitszentrum Rothenburg geht die Luzerner Polizei davon aus, dass jährlich rund 7000 Arrestantinnen und Arrestanten versorgt werden

müssen. Rund 5000 Fälle bearbeitet das Festnahmezentrum direkt und rund 2000 Fälle liegen bei der Kriminalpolizei. So sind die Verhältnisse, damit Sie das beurteilen können. Wir sind überzeugt, dass das richtig ist. Die notwendigen Verschiebungen sind richtig. Damit können die vorhandenen Ressourcen gut abgedeckt werden, und wir gehen von Fahrkosten von jährlich 20 000 Franken aus. Das wiegt diese Reservefläche nicht auf. Deshalb haben wir bewusst darauf verzichtet. Eine weitere Frage lautete, ob die Infrastruktur für Festnahmen und Einvernahmen weiterhin an der Kasimir-Pfyffer-Strasse betrieben werden muss. Der wesentliche Teil kann zukünftig in Rothenburg abgewickelt werden, aber nicht vollständig. Aber das, was in Luzern noch bleibt, wird mit der dort vorhandenen Infrastruktur entsprechend abgewickelt werden können. Sie haben sich nach dem Umgang mit der strategischen Reserve erkundigt und ob diesbezüglich bereits konkrete Pläne vorliegen. Die Reservefläche von 4000 Quadratmetern ist auf verschiedene Stockwerke verteilt. Rund die Hälfte, also 2200 Quadratmeter, sind reine Büroflächen mit rund 150 Arbeitsplätzen. Die restlichen Flächen sind verteilt, bis und mit Ergänzungsmöglichkeiten im Bereich der Logistik. Aus unserer Sicht ist das eine sehr gute Ausgangslage, um allfällige zukünftige Bedürfnisse entsprechend befriedigen zu können. Zur Frage, ob mit der Auslagerung der Kriminalpolizei nicht ein ganz wesentlicher Synergieeffekt aufgegeben wird: Die Synergien des Sicherheitszentrums werden entsprechend realisiert. Wir machen darauf aufmerksam, dass das durch Ihren Rat bewilligte Raumprogramm explizit keine Integration der Kriminalpolizei vorsah. Ziel war, die entsprechenden sicherheitsrelevanten Einheiten räumlich und organisatorisch besser zu bündeln, Abläufe zu vereinfachen und die Zusammenarbeit zu stärken. Ich komme noch auf die Frage bezüglich zeitkritischer Grossereignisse zu sprechen. Es ist vorgesehen, die relevanten Ermittlungs- und Führungseinheiten lagegerecht im Sicherheitszentrum zusammenführen zu können. Durch die unmittelbare Alarmierung des benötigten Personals und, sofern einsatztechnisch angezeigt und rechtlich zulässig, den Einsatz von Sondersignalen kann die Zeit bis zum Eintreffen der Einsatzkräfte vor Ort reduziert werden, und eine rasche Führungs- und Handlungsfähigkeit ist sichergestellt. Sie wissen vermutlich, dass heute teilweise die entsprechenden Materialien, welche die Mannschaft benötigt, nicht an einem Ort zentral verfügbar sind. Das ist natürlich zukünftig eine grosse Erleichterung. Welche Szenarien wurden betrachtet? Die Führungsinfrastruktur wurde auf Basis der Erfahrungen und Prognosen der Luzerner Polizei geplant. Dabei wurden auch Ereignisse mit parallelen Einsätzen berücksichtigt. Die Infrastruktur ist geeignet, solche Ereignisse ebenfalls bewältigen zu können. Bezüglich der Parkierungsfrage ist es mir ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass die Luzerner Polizei im Kanton Luzern weiterhin über ein dezentrales Postennetz verfügt. Somit sind nicht sämtliche Mitarbeitenden, die zum Einsatz kommen, in Rothenburg stationiert. Dort arbeiten unterschiedliche Arten von Mitarbeitenden. Es gibt Mitarbeitende, die im Schichtbetrieb tätig sind, und es gibt auch Mitarbeitende, die einen «normalen» Büroalltag bewältigen. Wir haben zusammen mit der Polizei das notwendige Parkplatzangebot festgelegt. Selbstverständlich sind ausreichend Parkplätze vorhanden, um Mitarbeitenden im Schichtbetrieb eine angemessene Parkierungsmöglichkeit zur Verfügung stellen zu können. Wir haben 50 Schicht- und Pikettfahrtplätze zur Verfügung und zudem 75 Besucherparkplätze, die nachts ebenfalls genutzt werden können. Um diese Zeit ist zum Beispiel beim Veterinärdienst niemand tätig. Zudem sind 26 Parkplätze für Ordnungsdienstbusse vorhanden, die bei einem Einsatz nicht vor Ort sind. Das beantwortet auch die Frage, ob der 24-Stunden-Notfall-Organisation genügend Rechnung getragen wird. Ich glaube, dass das die Antwort ist. Wo sollen die Einsatzkräfte bei spontanen und nächtlichen Grossaufgeboten ihre Fahrzeuge parken? Ich habe ausgeführt, dass wir zusammen mit der Polizei zum Schluss gekommen sind, dass die zur Verfügung stehenden Parkplätze ausreichend sind, um auch solche Bedürfnisse abdecken zu können. Dann erlaube ich mir noch einen baulichen Hinweis. Wir realisieren in Rothenburg drei Untergeschosse. Ich habe mir zum 2. Untergeschoss Zahlen geben lassen, dieses allein kostet 15 bis 20 Millionen Franken. Würden wir noch zusätzliche Parkplätze realisieren, dann wäre ein weiteres Untergeschoss notwendig, was aber nicht realisierbar ist. Für das 3. Untergeschoss mussten wir bereits eine Sonderbewilligung beanspruchen. Sie können sich vorstellen, dass eine

Baugrube für vier Untergeschosse langsam gar anspruchsvoll wäre. Das Grundstück wird komplett ausgenutzt. Dort, wo es möglich ist, wurden Flächen für die Parkierung geplant und entsprechend umgesetzt. Wir haben, was möglich ist, im Sinn einer guten Organisation für die Luzerner Polizei umgesetzt. Die maximal möglichen Parkplätze sind geplant und werden realisiert. Ich hoffe, damit Ihre Fragen ausreichend beantwortet zu haben. Der Regierungsrat ist dankbar, wenn Ihr Rat dieser Vorlage deutlich zustimmt. Wir haben gemeinsam eine Volksabstimmung zu bestehen und dabei ist ein deutliches Signal Ihres Rates sicher sehr hilfreich. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für die Realisierung eines Sicherheitszentrums in Rothenburg Station Ost, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 108 zu 0 Stimmen zu.